

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreizehnpaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 60.

Dienstag, den 29. Juli

1890.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 2. bis spätestens den 16. nächsten Monats ist
der 2. Termin Grundsteuer nach 2 Pf. für die Einheit,
" 3. " städtische Anlagen und
" 2. " Hundesteuer

bei Vermeldung von Veränderungen an die Stadtkämmerei abzuentsrichten.

Hierbei werden die für erpachtete Communalländerei noch rückständigen Pachtzinsen, sowie alle der Schul- und Anlagencasse schuldigen Schulgelder
und beziehentlich städtischen Anlagen zur nunmehr unverzüglichen Bezahlung in Erinnerung gebracht.
Wilsdruff, am 24. Juli 1890.

Der Stadtrath.
Ficker, Prämsir.

Auction.

Kommende Mittwoch, den 30. Juli d. J., Nachmittags 4 Uhr, gelangen in Kesselsdorf 2 Kleiderschränke, 1 Regulator und 1 Kanapee gegen sofortige Baarzahlung zur Versteigerung. Bieterversammlung im Gasthof zur Krone daselbst.
Wilsdruff, am 24. Juli 1890.

Matthes,
Gerichtsvollzieher des K. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 30. Juli 1890, Vorm. 1/2 9 Uhr, gelangt in Kesselsdorf das zur Neumann'schen Konkursmasse gehörige anstehende Korn, nach Befinden
auch der anstehende Hafer (2 2/3 Ctr. Ausfaat) gegen Baarzahlung durch mich zur Versteigerung. Versammlungsort: Gasthof zur Krone.
Dresden, am 28. Juli 1890.

Der Konkursverwalter.
Rechtsanwalt Gustav Müller.

Tagesgeschichte.

Berlin, 25. Juli. Wie bereits gemeldet, wird Se. Majestät der Kaiser am Montag, den 28. d. M., von seiner Nordlandreise in Wilhelmshaven eintreffen, jedoch während seines vom 29. bis zum 31. Juli daselbst währenden Aufenthaltes an Bord der „Hohenzollern“ verbleiben. — Am Freitag, den 1. August, tritt alsdann Se. Majestät von Wilhelmshaven aus seine Reise über Ostende nach England an.

Der überaus herzliche Empfang, den Kaiser Wilhelm in Norwegen gefunden, ist von einem Theil der dänischen Presse sehr schmerzlich empfunden worden. Jenen Journalen, welche die Norweger darum tabelten, entzogen das „Morgenblad“ von Christiania: Die dänische Presse hat über den Kaiserbesuch in Norwegen einen Ton angeschlagen, der einer gebildeten Journalistik wenig würdig ist. Wenn Norwegen den jungen deutschen Kaiser herzlich empfangen hat, so darf dies keine Bitterkeit von Seiten Dänemarks erwecken. Die Ereignisse von 1864 haben nichts damit zu thun. Kaiser Wilhelm war damals ein Kind, und auch König Oskar II. hatte als Erbprinz keinen Anlaß zum thätigen Eingreifen in den Gang der Ereignisse. Seit 1864 ist viel Wasser in das Meer gelaufen, ein neues Geschlecht ist herangewachsen, welches die Dinge nicht mehr als das damalige ansieht, und es liegen historische Ausläufer vor, welche uns gezeigt haben, wie gut es für uns war, daß wir nicht in den Krieg hineingezogen wurden.

In die innere deutsche und preussische Politik ist allmählich vollständige Sommerliche Stille eingezogen und es wäre mehr als lässig, von irrenden „Ereignissen“ auf diesem Gebiete sprechen zu wollen. Angesichts des Mangels an wichtigeren Vorgängen in den inneren politischen Angelegenheiten erscheint es wohl begründlich, wenn die Unterredungen des Fürsten Bismarck mit aus- und inländischen Vertretern der Presse den Zeitungen noch fortgesetzt willkommenen Stoff zu allerlei Betrachtungen bieten. Es läßt sich allerdings nicht verkennen, daß diese Betrachtungen durch die Organe selber, welche als mit dem Schloßherrn von Friedrichsruh in Verbindung stehend gelten, immer wieder angeregt werden und brachten z. B. die „Hamb. Nachr.“ neben andern „Bismarck-Artikeln“ erst in den letzten Tagen einen größeren Aufsatz über „Die Gespräche des Fürsten Bismarck“, d. h. über seine Friedrichsruher Unterredungen mit verschiedenen Journalisten. Der Artikel vertheilt sich nochmals den Fürsten gegen die mannichfachen Angriffe und Vorwürfe, die ihm wegen seines Eingehens auf diese journalistischen Interviews gemacht worden sind, und legt die Beweggründe dar, die ihn hierbei leiteten; der betreff. Aufsatz wird vielfach auf den Fürsten Bismarck selbst zurückgeführt. Erwähnenswert ist noch eine fernere Auslassung der „Hamb. Nachr.“, die sich auf den vielerdeuteten russenfreundlichen Artikel des genannten Blattes bezieht. Dasselbe erklärt, Fürst Bismarck stehe dem erwähnten Artikel vollständig fern, welcher sich also als eine reine — freilich sehr fragwürdige — Privatleistung des Hamburger Blattes kennzeichnet. Es war auch schwer anzunehmen, daß der ehemalige Kanzler mit dem

betreffenden Artikel, der seine Spitze so offen gegen Oesterreich-Ungarn richtete, auch nur das Geringste zu thun haben sollte. Uebrigens erklärt die „Nat.-Ztg.“, sie sei aus bester Quelle in die Lage gesetzt, zu versichern, daß die in dem Artikel der „Hamb. Nachr.“ sich kundgebende Tendenz jedenfalls im schroffen Widerspruch mit der in den maßgebenden Kreisen Deutschlands herrschenden Auffassung der Tripelallianz stehe.

Fürst Bismarck hat wieder einen russischen Journalisten empfangen. Das Depeschsbureau „Herold“ berichtet darüber: „Die „Nowoje Wremja“ veröffentlicht ein Friedrichsruher Telegramm ihres Mitarbeiters, in welchem derselbe berichtet, daß er am 22. Juli vom Fürsten Bismarck empfangen worden sei. Der Fürst äußerte u. A., er betrachte es gegenwärtig für seine Hauptaufgabe, auch von seiner Seite an der Festigung der Friedensmitzwirken. Für einen Krieg zwischen Rußland und Deutschland liege kein Grund vor. Ein solcher Krieg wäre zwecklos. Einen Angriff von Seiten Deutschlands erklärte Fürst Bismarck für undenkbar. Die nächste Gefahr liege in der Sozialistenfrage; je später Vorkehrungen dagegen getroffen würden, um so blutiger werde das Ende sein.“

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Nach demselben wird die Präsenz vom 1. Oktober 1890 bis zum 31. März 1894 auf 486 983 Mann festgesetzt bleiben, und zwar werden vom 1. Oktober d. J. ab formirt werden: die Infanterie in 538 Bataillone, die Kavallerie in 465 Eskadrons, die Feldartillerie in 434 Batterien, die Fußartillerie in 81 Bataillone, die Pioniere in 20 und der Train in 21 Bataillone.

Der Maximalarbeitstag für erwachsene männliche Arbeiter ist bekanntlich von der Arbeiterschutzkommission des Reichstages abgelehnt worden. Das Plenum wird bei einer etwaigen Wiederholung des Antrages dieselbe Stellung einnehmen, und es ist deshalb eine Einführung desselben für das Reich, auch in der Form des elfstündigen Arbeitstages, vorläufig nicht zu erwarten. Die Gründe, welche gegen einen Maximalarbeitstag sprechen, sind dargelegt worden, aber auch die neuesten Berichte der Fabrikinspektoren derjenigen Länder, die den elfstündigen Maximalarbeitstag bereits besitzen, Oesterreich und die Schweiz, sprechen in den meisten Ausführungen gegen die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung und das verdient jedenfalls besonders vermerkt zu werden. Die Ausnahmen, welche von der aufgestellten Norm gestattet werden, sowie die eigenmächtigen Ueberschreitungen sind so zahlreich, daß durch die gesetzliche Einführung des Maximalarbeitstages thätlich an den früheren Verhältnissen herzlich wenig geändert worden ist. Ja, es wird bemerkt, daß in manchen Fabriken, in denen früher eine kürzere Arbeitszeit üblich war, jetzt der elfstündige Arbeitstag voll ausgenutzt würde, und daß weiter, namentlich in Schuhfabriken, die Arbeiter häufig nach Schluß der Fabrikarbeit unter beträchtlich ungünstigeren Umständen zu Hause arbeiten. Es zeigt sich in der That, schreibt der „Hann. Cour.“, daß es zur Zeit undurchführbar ist, in dieser Richtung mit Zwangsvorschriften vorzugehen; man würde sich der großen

Täuschung hingeben, etwas Betrüchtliches gethan zu haben, man würde ein Privilegium für diejenigen schaffen, welche sich nicht scheuen, die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen, und man würde in der weitaus größten Zahl von Fällen auch den Wünschen der Arbeiterschaft nicht entsprechen. Was vom elfstündigen Arbeitstag gilt, gilt natürlich in noch höherem Grade vom zehnstündigen und von der Autopie des Achtstundentags. Was nöthig und möglich ist, ist lediglich, den Behörden unter sachverständigen Beirath die Vollmacht zu ertheilen, in solchen Fällen die Arbeitszeit zu reguliren, wo dies in Folge der Besonderheit eines Betriebes aus gesundheitlichen oder moralischen Gründen unumgänglich erscheint.

Das deutsch-englische Abkommen wird in Kolonialkreisen noch immer lebhaft erörtert, und die Klagen darüber, daß Deutschland bei diesen Abmachungen den Kürzeren gezogen habe, wollen noch immer nicht verstummen; daher wird mit großer Spannung dem Erscheinen einer Denkschrift des Reichskanzlers entgegengesehen, in welcher die Gründe für das Abkommen ausführlich dargelegt werden sollen. Wie es heißt, soll diese Denkschrift noch im Laufe dieses Monats ausgegeben werden; es dürfte also bis dahin einige Zurückhaltung in den Erörterungen über das in Rede stehende Thema anzurathen sein.

Eine Ursache der Lebensmittelvertheuerung. — Zu dem Thema der hohen Fleischpreise läßt sich ein landwirthschaftlicher Sachverständiger aus Oberschlesien dahin vernehmen, daß der ländliche Dienstbotenmangel mit als eine Hauptursache der Fleischtheuerung anzusehen ist. Der betreffende Landwirth hatte bis vor drei Jahren 50—70 Stück Schweine, wovon jährlich etwa 30—35 Stück als Schlachtvieh verkauft wurden. Als die alte Person, welche mit ihrem Sohne die Fütterung besorgt hatte, starb, war kein Mensch zu bewegen, die Schweine zu füttern, er gab doppelten Lohn, hoffend, die Sache werde langsam in Ordnung kommen, umsonst! Heute mußte der, morgen jener unter allen erdenklichen Mitteln gezwungen werden, die Fütterung vorzunehmen, stets mußte Aufsicht mitgehen. Seit dieser Zeit hält er jährlich nur 2—3 Schweine auf einem Gute von 1000 Morgen. Nach seiner Ansicht giebt es in Oberschlesien massenhaft andere Güter, die aus ähnlichen Ursachen die Schweinezucht abgeschafft haben, da ist es gewiß kein Wunder, wenn Schlachtvieh fehlt.

Französische Urtheile über Elsaß-Lothringen. Seit langen Jahren ist das politische Leben im Reichsland nicht so ruhig, so ohne jede Ausregung dahin gegangen, wie in den letzten Monaten. Das ist ein großer Gewinn für die deutsche Sache, weil die Elsaß-Lothringer auf diese Weise ungehindert ihren Geschäften nachgehen können und sich so am schnellsten in die gegebenen Verhältnisse hineinleben, zumal die störende Uebergangszeit nunmehr so gut wie überwunden ist und die Erwerbsverhältnisse wieder auf dem günstigen Stand vor der Einverleibung angelangt sind. Ein ziemlich vorurtheilsfreier Franzose, welcher Elsaß-Lothringen besuchte, um die Stimmung der Bevölkerung und deren Eigenart kennen zu lernen, war ganz überrascht zunächst über den Rückgang, den